



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 52. Ratssitzung vom 21. Juni 2023

1943. 2023/118

Weisung vom 15.03.2023:

Finanzverwaltung, Jahresrechnung 2022, Genehmigung und Kenntnisnahmen

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Jahresrechnung 2022 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Jahresrechnung und Gewinnverwendung 2022 der Asyl-Organisation Zürich wird genehmigt.
3. Die Jahresrechnung 2022 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zur Kenntnis genommen.
4. Die Jahresrechnung 2022 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird zur Kenntnis genommen.
5. Die Jahresrechnung 2022 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Jahresrechnung 2022 der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
7. Die Jahresrechnung 2022 der Stiftung Einfach Wohnen wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 12. Juni 2023

Eintretensdebatte:

Florian Utz (SP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2022 vor: *Ich verlese den Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zur Rechnung 2022: «Die RPK hat die Jahresrechnung 2022 gemäss Artikel 60 der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Stadt Zürich geprüft. Die finanztechnische Prüfung wurde von der Finanzkontrolle der Stadt Zürich vorgenommen. Der Revisionsbericht Nr. 13 der Finanzkontrolle datiert vom 28. April 2023. Die RPK verzichtet im Folgenden darauf, die Kennzahlen der Rechnung ausführlich zu wiederholen. Sie verweist diesbezüglich auf das erste Kapitel der Rechnung und wiederholt nachfolgend nur die wichtigsten Kennzahlen. Die Erfolgsrechnung 2022 verzeichnet bei einem Aufwand von 9,964 Milliarden Franken und einem Ertrag von 10,261 Milliarden Franken einschliesslich interne Verrechnungen von 887,2 Millionen Franken einen Ertragsüberschuss von 297,2 Millionen Franken. Im Budget 2022 gemäss Beschluss des Gemeinderats war ein Aufwandüberschuss von 192,1 Millionen*



Franken vorgesehen. Unter Berücksichtigung der Nachtragskredite von 91,7 Millionen Franken sowie der Globalbudgetergänzungen von 33,2 Millionen Franken ist das Ergebnis 2022 um 614,1 Millionen Franken besser ausgefallen. Zum deutlich positiven Ergebnis beigetragen hat neben Buchgewinnen aus Liegenschaftengeschäften – Abweichung um 96,9 Millionen Franken – vor allem der höher als budgetierte Fiskalertrag. Insbesondere der Steuerertrag der natürlichen Personen lag deutlich über Budget, nämlich um 104,8 Millionen Franken. Die juristischen Personen leisteten ebenfalls ihren Beitrag zum positiven Rechnungsabschluss, indem sie um 55,6 Millionen Franken höhere Steuern bezahlten als budgetiert. Ebenfalls deutlich über Budget lagen die Erträge aus den übrigen Steuern, wobei hier vor allem die Grundstückgewinnsteuern mit einer positiven Abweichung von 101,2 Millionen Franken ins Gewicht fallen. Ich komme zu den Investitionen in das Verwaltungsvermögen: Die Nettoinvestitionen des Verwaltungsvermögens betragen für das Rechnungsjahr 2022 1,131 Milliarden Franken. Das Budget inkl. Nachtragskredite betrug 1,349 Milliarden Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 79,2 Prozent, was leicht über dem Vorjahreswert von 78,2 Prozent liegt. Zu den Eigenwirtschaftsbetrieben: Die Eigenwirtschaftsbetriebe erzielten ein Betriebsergebnis von 20,1 Millionen Franken. Zudem leistete das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) eine im vorgenannten Betrag noch nicht berücksichtigte Gewinnablieferung von 80 Millionen Franken. Die Nettoinvestitionen der Eigenwirtschaftsbetriebe beliefen sich auf 481,5 Millionen Franken. Ich komme zur Bilanz: Bei den Aktiven hat das Finanzvermögen im Berichtsjahr um 88,5 Millionen Franken abgenommen und das Verwaltungsvermögen um 620,7 Millionen Franken zugenommen. Auf der Passivseite hat das Fremdkapital derweil um 166,7 Millionen Franken zugenommen. Die langfristigen Finanzverbindlichkeiten konnten sodann von 4,391 Milliarden Franken auf 4,265 Milliarden Franken gesenkt werden und das Eigenkapital wird mit 6,678 Milliarden Franken ausgewiesen. Dies ist ein Plus von 365,6 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr. Davon sind 2,114 Milliarden Franken dem zweckfreien Eigenkapital zuzuordnen; die Steigerung gegenüber dem Vorjahr entspricht hier dem Ertragsüberschuss von 297,2 Millionen Franken. Ich komme nun zu Einzelaspekten der RPK-Prüfung: Die RPK stellte der Verwaltung wie üblich zahlreiche Fragen zur Rechnung 2022. Die gestellten Fragen wurden von der Verwaltung fristgerecht beantwortet. Auf einige Einzelaspekte der Prüfung möchte die RPK im Folgenden näher eingehen. Zuerst zu den unbesetzten Stellen: Im Jahr 2022 waren durchschnittlich 843,5 Stellen nicht besetzt. Dies führte gegenüber dem Budget zu Minderausgaben in der Höhe von 73,8 Millionen Franken. Aus finanzieller Sicht ist dies selbstverständlich erfreulich. Gleichzeitig stellt sich aber die Frage, ob nicht die Aufgabenerfüllung unter der Nichtbesetzung von so vielen Stellen leidet. Dies gilt nicht zuletzt auch in Bereichen, in denen der Effekt schwer messbar ist – so etwa bei der Stadtpolizei, die im Jahr 2022 einen deutlichen Unterbestand aufwies und auch heute noch aufweist. Bei den offenen Stellen ist deshalb aus Sicht der RPK zu prüfen, wie die Rekrutierungsbemühungen intensiviert werden können. Voraussetzung dafür ist selbstverständlich, dass die Besetzung der jeweiligen Stellen vom Stadtrat als erforderlich eingestuft wird; ansonsten sind die entsprechenden Stellen logischerweise aus dem Stellenplan zu streichen. Ich komme zur Wertberichtigung der Immobilien beim Stadtspital Zürich: Das Verwaltungsgericht wies am 9. Dezember 2021 eine Beschwerde der Stadt Zürich ab, mit der sich diese gegen den vom Regierungsrat des Kantons Zürich gefällten Entscheid zur Wehr setzte, wonach die Wertberichtigung der Immobilien des Stadtspitals Zürich in



der Höhe von 175,7 Millionen Franken nicht bewilligt wurde. Mitte 2022 reichte der Stadtrat die korrigierten Rechnungen für die Jahre 2019, 2020 und 2021 beim Gemeindegemeindeamt des Kantons Zürich ein. Die Korrekturen wurden in der Folge von den zuständigen Instanzen genehmigt. Sie sind im Antrag des Stadtrats an den Gemeinderat zur Jahresrechnung 2022 vom 15. März 2023 in Kapitel 1.3 erläutert. Ich komme zur Entwicklung der Steuererträge der juristischen Personen: Der Stadtrat hat die Steuerertragsentwicklung der 250 grössten Unternehmen nach Branchen ausgewertet. Die Auswertung zeigt bei den Steuererträgen der juristischen Personen eine nach wie vor relativ grosse Abhängigkeit von den Banken, die mehr als die Hälfte der Steuererträge der juristischen Personen verantworten. Seit dem Rekordjahr 2014 stark rückläufig sind dagegen die Steuererträge der Versicherungen, wobei diese Branche mit noch immer über 100 Millionen Franken an Steuern nach wie vor einen gewichtigen Beitrag zum städtischen Finanzhaushalt leistet. Demgegenüber sind die Erträge aus den Branchen IT und Kommunikation zusammengezählt nur für rund einen Zwanzigstel der Steuererträge der juristischen Personen verantwortlich. Ich komme zur Steuerkraft der natürlichen Personen: Interessant ist auch die Entwicklung der Steuerkraft der natürlichen Personen, also des auf einen Steuerfuss von 100 Prozent umgerechneten Steuerertrags pro Einwohnerin und Einwohner. Dieser Wert liegt nun bei rekordhohen 5 716 Franken, nach 5 520 Franken im Vorjahr und 5 351 Franken im Vorvorjahr. Auf eine politische Würdigung verzichtet die RPK; diese obliegt den einzelnen politischen Kräften. Ich komme zum ewz, genau genommen zum Risikomanagement Cluster Energie: Gemäss dem «Reglement über den Betrieb des Verteilnetzes und die Energielieferung des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz)» (AS 732.210, Ziff. 1.3) hat die RPK den Auftrag, das Risikomanagement des ewz im Bereich Kauf und Verkauf jährlich zu kontrollieren. Die RPK liess sich am 27. März 2023 vom Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe, dem Direktor ewz, dem Leiter «Finanzen und Controlling ewz» sowie dem Leiter «Energie ewz» über die Handelsaktivitäten des städtischen Elektrizitätswerks informieren. Aufgrund der im Jahr 2022 tiefen Zuflüsse zu den Wasserkraftwerken sowie aufgrund einer erhöhten Reservehaltung in den Stauseen per Jahresende wurde signifikant weniger Strom produziert als erwartet. Entsprechend musste ewz den fehlenden – zuvor bereits verkauften – Strom zu hohen Preisen auf dem Markt zurückkaufen. Da die erhöhte Reserve in den Stauseen nicht aktiviert wird, belastete dies die Rechnung 2022 von ewz ausserordentlich und stark. Auf das Rechnungsergebnis der Stadt hat dies keine direkte Auswirkung, da ewz einen geschlossenen Rechnungskreis bildet und unverändert 80 Millionen Franken an den allgemeinen Finanzhaushalt abgeliefert hat. Ich komme nun zum Ausblick: Mit dem vorliegenden Rechnungsabschluss konnte das Eigenkapital der Stadt Zürich – wie dargelegt – auf 2,114 Milliarden Franken erhöht werden. Umgekehrt wurden die langfristigen Finanzverbindlichkeiten reduziert. Damit ist die Stadt Zürich auch nach den «Pandemie-Jahren» finanziell gesund. Trotzdem bleiben natürlich Unsicherheiten. Zu nennen ist hier – neben der möglicherweise gedämpften Entwicklung der Weltwirtschaft – natürlich vor allem die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS. Die Auswirkungen dieser Übernahme auf die Steuererträge der juristischen und auch der natürlichen Personen lassen sich heute noch nicht zuverlässig abschätzen, zumal vieles auch davon abhängig ist, wie die Übernahme umgesetzt wird. Festzuhalten ist aber auf jeden Fall, dass hier eine erhebliche Unsicherheit besteht. Keine Unsicherheit besteht hingegen beim Investitionsbedarf der Stadt Zürich: Dieser ist



4 / 17

weiterhin hoch. Die Umsetzung der Volksentscheide beispielsweise zum Klimaschutz – also dem Netto-Null-Ziel – oder zum Wohnbau – dem sogenannten Drittelsziel – erfordert hohe Investitionen. Diese Investitionen sind demokratisch legitimiert und von einer politischen Mehrheit gewollt; genau deshalb darf die weitere Finanzplanung die Finanzierung dieser Investitionen jedoch nicht aus dem Blickfeld verlieren. Ich komme zuletzt zu den Schlussbemerkungen: Die RPK bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die zeitnahe Beantwortung der zahlreichen Fragen. Bei der Finanzkontrolle bedankt sich die RPK für die pflichtgetreue Ausführung ihres Auftrags und die quartalsweise Orientierung von RPK und GPK über die getätigten Kontrollen. Und schliesslich dankt die RPK der Kommissionssekretärin Doris Fischer für die sorgfältige Arbeit und die grosse Unterstützung der RPK-Mitglieder bei der Kommissionsarbeit.

Eintreten ist unbestritten.

Kommisionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 1:

Florian Utz (SP): *Die Kommisionsmehrheit hat die Rechnung zur Kenntnis genommen und ist damit zufrieden. Sie schliesst erheblich besser ab als budgetiert.*

Johann Widmer (SVP): *Es ist klar, dass die SVP gegen diese Rechnung ist. Die Stadt gibt jedes Jahr mehr Geld aus, diesmal insbesondere für die vom Volk bewilligte Tagesschule. Diese verschlingt vor allem wegen der Betreuungsangebote Unsummen. Aber auch die unnötigen Klimamassnahmen oder Solar-Subventionen für einige wenige Hausbesitzer blähen die Rechnung auf. Die Regierung liefert selbst einen Beweis dafür, dass es auch mit tieferen Kosten gehen würde. Die wegen des Fachkräftemangels unbesetzten Stellen in der Verwaltung könnte man sofort streichen. Die Stadt würde dennoch gleich gut weiterlaufen. Eine Verwaltungsreform wäre dringend nötig, vor allem beim Präsidial- und Sozialdepartement. Aber auch bei der Schule müssen Ausgaben gestrichen werden. Es braucht nicht jedes Kind fünf Abklärungstermine, damit zwangsmässig eine Diagnose gemacht werden kann und die Sozialindustrie mehr Patienten bekommt. Es ist an der Zeit, dass die privaten Steuerzahler und Unternehmer weniger abgezockt werden. Die SVP lehnt die Rechnung ab und fordert massive Steuerreduktionen. Des Weiteren fordern wir einen massvolleren Umgang mit den Steuergeldern. Die Rechnung ist auch abzulehnen, weil das festgelegte Budget jedes Jahr mit Nachtragskrediten um einiges überzogen wird, um jeden möglichen Wunsch zu erfüllen. Jetzt könnte man sagen, die Regierung müsse das Geld ausgeben, weil es die Bevölkerung so will. Hätte man der Bevölkerung jedoch die wahren Kosten der Tagesschule, für Klimaexperimente und den Velo-Wahn vor der Abstimmung mitgeteilt, hätte es wahrscheinlich mehr Gegenstimmen gegeben. Es gilt: Gebt dem Politiker Geld, er wird es gerne für euch ausgeben. Dazu sage ich: Haltet es knapp, dann wird er weniger verschleudern können. Wir lehnen die Rechnung der linksgrünen Regierung ab und würden dem Stadtrat auch die Décharge vorenthalten, wenn das ginge.*



Weitere Wortmeldungen:

Markus Haselbach (Die Mitte): Es ist erfreulich, dass die Rechnung auch im Jahr 2022 statt dem budgetierten Defizit von 300 Millionen Franken mit einem Plus von 300 Millionen Franken abgeschlossen hat. Wir stellen fest, dass die meisten Dienstabteilungen haushälterisch mit den Mitteln umgehen und sie nicht komplett ausschöpfen. Grosse Abweichungen gibt es nicht. Nicht beeinflussbar war der Wertverlust der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG von 32 Millionen Franken. Das hat sich dieses Jahr aber bereits korrigiert. Gestern war die Beteiligung wieder 50 Millionen Franken mehr wert. Positiv für die Fraktion Die Mitte/EVP ist, dass der Stadtrat die Investitionen auf hohem Niveau gehalten hat und erneut langfristige Schulden abgebaut hat. Auffallend sind auch die vielen unbesetzten Stellen. In vielen Bereichen, insbesondere im Schulbereich, beim Stadtspital, bei der Polizei und bei den Verkehrsbetrieben (VBZ) wäre es sehr wichtig, dass diese Stellen möglichst schnell wieder besetzt werden. Das scheint allerdings sehr schwierig zu sein. Der Fachkräftemangel trifft auch die Stadt Zürich hart. Aus Sicht der Fraktion Die Mitte/EVP ist zu prüfen, ob auf einzelne Stellen in anderen Bereichen verzichtet werden kann. Es ist zu hoffen, dass die fortschreitende Digitalisierung dies zulassen wird. Im Gegensatz zum Vorjahr haben die Steuereinnahmen juristischer Personen wieder zugenommen. Das hat teilweise mit dem Ende pandemiebedingter Einschränkungen zu tun. Die Steuereinnahmen natürlicher Personen haben um 100 Millionen Franken zugenommen. Da das Eigenkapital nun 2 Milliarden Franken überschritten hat, ist eine moderate Steuersenkung für das Jahr 2024 durchaus realistisch. Die Fraktion Die Mitte/EVP wird der Rechnung zustimmen.

Cathrine Pauli (FDP): Das Jahr 2022 war finanztechnisch ein extremes Jahr für die Stadt. Im Dezember 2022 hat das Parlament erstmals ein Budget von 10 Milliarden Franken verabschiedet und drei Monate später schloss sie das Jahr 2022 600 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Grundsätzlich hat die FDP das Vertrauen, dass die Verwaltung ihre Finanzen sauber führt und die Jahresrechnung sauber dokumentiert und abgrenzt. Wir werden der Rechnung daher zustimmen, wollen aber trotzdem zwei wichtige Punkte hervorheben. Die unbesetzten Stellen entsprechen einer Lohnsumme von 73 Millionen Franken, wie bereits gesagt wurde. Die FDP hat bei der Beratung des Budgets 2023 einen Pauschalabzug von 50 Millionen Franken gefordert, was die linke Ratshälfte leider nicht akzeptiert hat. Im Jahr 2023 können wir davon ausgehen, dass es wieder eine Budgetverbesserung von 40 bis 50 Millionen Franken aufgrund der offenen Stellen gibt. Weiter möchte ich in Erinnerung rufen, dass ein Drittel unserer Erträge aus Steuereinnahmen stammen, es handelt sich um rund 3,34 Milliarden Franken Steuereinnahmen in der Stadt. Die um 245 Millionen Franken gegenüber dem Budget erhöhten Steuereinnahmen haben zum verbesserten Budgetabschluss beigetragen. Wer zahlt in dieser Stadt Steuern? Es sind Firmen, die Gewinn machen, es sind natürliche Personen, die einen Lohn haben, also auch reiche Personen, und es sind Grundstückssteuern. Vom Immobilienhandel leben wir. Ausserdem kommen 430 Millionen Franken von den Banken und 110 Millionen Franken von den Versicherungen. Ein grosser Teil kommt also von den Branchen, gegen die ihr von der linken Ratsseite so gerne wettert. Auch ihr müsst lernen, dass wir in der Stadt abhängig sind von euren Feindbildern. Erfreulich ist auch, dass die Stadt mittlerweile wieder einen Eigenfinanzierungsgrad von



80 Prozent hat. Wir wälzen unsere Probleme nicht einfach auf die Nachfolgenerationen ab. Trotzdem sind wir schwer enttäuscht, dass in einem solchen Umfeld keine Steuersenkung möglich ist. Jahr für Jahr werden wir an der Nase herumgeführt. Würden wir das Budget als Gesamtrat ehrlich aufstellen, hätten wir schon lange Steuersenkungen von 10 Prozent erreichen können. Langsam ist es wirklich Zeit dafür. Wir können nicht so weitermachen.

Felix Moser (Grüne): Aus unserer Sicht ist die Rechnung aus dem Jahr 2022 relativ normal, ohne Auffälligkeiten beim Abschluss abgesehen vom Ertragsüberschuss von 300 Millionen Franken, der auch in der Statistik der letzten Jahre heraussticht. Mehr zu reden gibt der Umgang mit diesem Überschuss. Sollen wir die Steuern senken oder gibt es andere Ideen? Seit dem Jahr 2015 sind die Jahresergebnisse durchgehend positiv ausgefallen. Das Eigenkapital ist mittlerweile auf einem Niveau, bei dem sogar grössere finanzielle Krisen damit bewältigt werden können. Für alle Wünsche reichen diese 300 Millionen Franken aber auch nicht aus, denn wichtige Ausgaben stehen weiterhin an, zum Beispiel bei der Tagesschule, für günstige Wohnungen, Klimamassnahmen und Velorouten. Zu den Steuereinnahmen: Den grössten Teil bei den juristischen Personen tragen die Banken bei, nicht etwa bekannte IT-Unternehmen, auch wenn diese teils viel grössere Bilanzen haben. Ihre Steuern liefern sie irgendwo anders ab. Seit kurzem haben wir eine Bank weniger. Wie sich das auf den Steuerertrag auswirken wird, ist noch unbekannt. Die Grundstücksgewinnsteuern, die Cathrine Pauli (FDP) angesprochen hat, sind zwar gut für die Stadtkasse, aber äusserst schlecht für bezahlbaren Wohnraum. Mehr Gewinn beim Verkauf bedeutet auch teurere Wohnungen. Die Grünen genehmigen die Rechnung.

Florian Utz (SP): Unsere Stadt ist finanziell gesund, das wird mit dieser Rechnung klar. Heute stellt sich die Frage, was wir mit diesem finanziellen Spielraum tun. Senken wir die Steuern oder nehmen wir uns der Wohnungsnot an? Hier liegt die Priorität bei der Umsetzung des vom Volk bewilligten Drittelsziels. Bei den Steuern plädiert die SP weiterhin für Stabilität und Verlässlichkeit. Wir distanzieren uns klar von der Aussage der SVP, die sagte, das Volk sei zu dumm, die Kosten richtig einzuschätzen und beim Wohnungsthema also falsch abgestimmt habe. Ja, man muss dafür viel Geld in die Hand nehmen. Aber es ist äusserst lohnenswert, in Wohnungen zu investieren. Wenn die Mieten sinken, dann macht das für den Grossteil der Bevölkerung mehr aus, als wenn man die Steuern um 2 bis 3 Prozent senkt. Es handelt sich vor allem auch um eine Investition, die sich für die Stadt Zürich lohnt. Über die Kostenmiete werden die Investitionen refinanziert und die Kaufkraft der Mietenden steigt. Zudem liegt die Wertsteigerung der Liegenschaften bei den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen. Das hat die Bevölkerung erkannt. Ich bin auch froh, dass wir in diesem Bereich einige Schritte vorwärts gemacht haben. Beim Klima sind wir leider noch etwas zurückgeblieben. Die Investitionen in die Solarenergie könnten viel höher sein. Das wird natürlich Investitionen auslösen. Doch es lohnt sich. Bei den juristischen Personen hat sich gezeigt, dass die Banken weiterhin sehr viele Steuern zahlen. Dafür bin ich durchaus dankbar. Die Statistik zeigt auch, dass der ganze IT-Sektor bloss 50 Millionen Franken an Steuern abliefern. Beim Kaliber der IT-Firmen in unserer Stadt stellt sich aus Sicht der Bevölkerung die Frage nach der Gerechtigkeit.



7 / 17

Sven Sobernheim (GLP): Vom Sprecher der Kommissionsmehrheit haben wir gehört, wir hätten 2 Milliarden Franken Eigenkapital. Das sei zweckfreies Eigenkapital, der Stadtrat hortet also Geld. Ich hoffe, wir leisten uns im Herbst eine Steuersenkung, es wäre locker möglich. Gleichzeitig sagt Florian Utz (SP), wir müssten uns zwischen dem Drittelsziel und einer Steuersenkung entscheiden. Die beiden Anliegen widersprechen sich aber nicht. Beides ist möglich. Ausserdem investieren wir ja nicht in Wohnungen, sondern in Baumassenreserve. Mehr gemeinnützige Wohnungen dank städtischen Investitionen gibt es erst dann, wenn wir die stehenden Bauten abreißen und neu bauen. Ob ihr dabei dann mitmacht, werden wir sehen. Zum Votum von Cathrine Pauli (FDP) muss ich klarstellen, dass wir eben vom Handel mit Grundstücken leben. Je weniger Handel, desto kleiner die Grundstücksgewinnsteuer. Und ob reger Handel und häufige Besitzwechsel von Grundstücken in dieser Stadt erwünscht sind, stelle ich in Frage. Wir stimmen der Rechnung zu, sind aber überzeugt, dass der Stadtrat sein Potential wieder nicht ausgeschöpft hat. Wir sind froh, wenn im Herbst das Budget mit einem angepassten Steuersatz kommt.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Die Abweichung vom budgetierten Aufwandüberschuss ist beachtlich, aber keineswegs zufällig. Handelt es sich um eine Fehlbudgetierung, oder ist es ein Zeichen dafür, dass Zürich sich in eine Geldmaschine verwandelt? Der steigende Steuerertrag pro Person bei den natürlichen Personen ist ein Anzeichen für die anhaltende Veränderung der städtischen Bevölkerungsstruktur. Die Entwicklung der laufenden sozialen Segregation begleitet von einem Abbruch- und Sanierungsschub von Liegenschaften bereitet der AL grosse Sorgen. Den einen geht es gut, die anderen müssen die Stadt verlassen. In Zukunft braucht es wohl gezielte sozialpolitische Massnahmen wie die Energiekostenzulage oder die Basishilfe zur Abfederung der Schere zwischen arm und reich. Die Bevölkerung ist durch die Krankenkassenprämien und Energiekosten viel stärker belastet als durch die progressiven Steuern. Der enorme Zuwachs beim Ertrag durch Grundstücksgewinnsteuern unterstreicht die Gentrifizierung in der Stadt. Der Zuwachs basiert auf einer spekulativen Überhitzung der Bodenpreise und dokumentiert Mietexplosionen. Das Ganze hat seinen Preis. Bezüglich Aufwand: In Zeiten von Fachkräftemangel gibt es nur eine Aufforderung. Das Personal muss erhalten bleiben. Der Abwanderung aus den Care-Berufen muss mit einem Massnahmenpaket begegnet werden. Dieses muss unter anderem eine Reduktion der Arbeitszeit bei vollem Lohn beinhalten. Wir können auf diese Stellen nicht verzichten. Tiefere Fallzahlen bei der Sozialhilfe tragen einen Teil zur Ergebnisverbesserung beim Sozialdepartement bei. Dies weist ebenfalls auf die Gentrifizierung hin. Auch die Deals mit Welti-Furrer und Swiss Life haben mit hohen Buchgewinnen zum Ertragsüberschuss beigetragen. Unser Fazit: Wir bleiben bei der Genehmigung der Jahresrechnung in der Enthaltung, weil sozialpolitische Schwerpunkte nicht umgesetzt werden. Der Stadtrat muss handeln, damit auch Personen mit normalen Einkommen und betagte Menschen in Zürich wohnen bleiben können. Es benötigt weitere Massnahmen. Dabei geht es beispielsweise um eine Umsetzung bzgl. der Regelung von Zweitwohnungen, die Einführung von Gestaltungsplänen bei grossen Arealen. Die Zukunftsfähigkeit der Stadt Zürich liegt in einer öffentlichen Gesundheitsversorgung, einer integrativen Schullandschaft mit qualitativ gut ausgestalteten Tagesschulen, einem ausgewogenen Kulturangebot, einer nachhaltigen



Energieversorgung und einer Mobilitätsstrategie, die umfassenden Umwelt- und Klimaschutz wie auch Verkehrssicherheit für den Langsamverkehr beinhaltet. Diese strukturellen Anstrengungen werden aus unserer Sicht trotz des positiven Rechnungsabschlusses ungenügend verfolgt.

Përparim Avdili (FDP): *Der Bodenmarkt erhitzt sich tatsächlich. Mitunter wird das aber auch durch die Subventionspolitik dieses Rats ausgelöst. Wenn dadurch kein neuer Wohnraum geschaffen wird, verteuert sich der Anteil auf dem freien Markt. Der Wohnraumfonds wird das verschlimmern. Die Stadt ist zwar nicht pleite, das kann man so sagen, aber das hat vor allem mit den laufend wachsenden Steuereinnahmen zu tun, seien es solche von juristischen oder natürlichen Personen oder die Grundstücksgewinnsteuern. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Felix Moser (Grüne) behauptet, die Steuern könnten nicht gesenkt werden, da Schulden abgebaut werden müssten. Das kann ich bei 600 Millionen Franken Mehreinnahmen schwer glauben. Die Senkung ist seit Jahren möglich, das sehen wir bei jeder Rechnung. Man kann die Steuern senken und gleichzeitig Schulden abbauen und Investitionen tätigen. Stabilität kann man übrigens auch mit einer Steuersenkung schaffen, indem der beispielsweise auf 116 Prozent gesenkte Steuerfuss für die nächsten zehn Jahre so belassen wird. Ihr wollt dies bloss aus politischen Gründen nicht, nicht weil es unmöglich ist.*

Dr. Florian Blättler (SP): *Wenn Sven Sobernheim (GLP) von 2 Milliarden Franken Eigenkapital spricht, dann ist das nicht Geld, das einfach herumliegt. Dieses Geld ist investiert, beispielsweise in Schulhäuser. Steuersenkungen wären zwar möglich. Gleichzeitig freut sich die FDP aber über einen hohen Eigenfinanzierungsgrad. Dieser wird unter einer Steuersenkung leiden. Wenn man Investitionen tätigt, muss man sich überlegen, ob sie mit Fremd- oder Eigenkapital finanziert werden. Haben wir weniger Eigenkapital, brauchen wir einfach mehr Fremdkapital oder müssen weniger investieren. Das sehe ich kritisch in einer wachsenden Stadt. Die Einnahmen werden nicht hauptsächlich durch Unternehmen generiert. Natürliche Personen zahlen mehr als doppelt so viel Steuern wie Unternehmen in dieser Stadt. Dieser Anteil nimmt weiter zu. Der Hauptteil wird vom Mittelstand bezahlt und nicht von den Gutverdienenden. Përparim Avdili (FDP), die Stadt ist sicher nicht der grösste Player auf dem Wohnungsmarkt. Im Vergleich zur Stadt investieren institutionelle ein Vielfaches .*

Sven Sobernheim (GLP): *Florian Blättler (SP) suche auf Google bitte die Definition von zweckfreiem Eigenkapital. Stellt euch vor, wir hätten in dieser Stadt Schulhäuser von einem Wert von 2 Milliarden Franken. Stellt euch vor, wir hätten Stauseen im Maximalwert von 2 Milliarden Franken. Das wäre ein Desaster. Wir sprechen vom zweckfreien Eigenkapital. Ich wollte aber der AL antworten. Sie enthält sich der Stimme, weil die Stadt nicht das macht, was sie im Sinn hat. Liebe AL, was möchtet ihr denn? Wo sind denn die gewichtigen Anträge anlässlich der Budgetberatung, bei denen ihr euch nicht durchgesetzt habt oder die der Stadtrat nicht umgesetzt hat, so dass ihr euch nun enthalten müsst? Dies erschliesst sich mir nicht.*



Dr. Florian Blättler (SP): Sven Sobernheim (GLP), du verstehst nicht, was zweckfreies Eigenkapital ist. Es gibt zweckgebundenes Eigenkapital, das sind Eigenwirtschaftsbetriebe, das sind Rückstellungen. Das zweckfreie Eigenkapital ist alles, was zur allgemeinen Verwaltung gehört, zum Beispiel Schulhäuser.

Samuel Balsiger (SVP): Es gibt etwas, das uns alle hier drin verbinden sollte: Bodenständigkeit. Es gehört zur Schweizer Kultur, zurückhaltend und bodenständig zu sein. Es muss nicht immer höher, besser und schneller gehen, wie in Amerika. Wir lassen Vernunft walten und lassen uns nicht von Grössenwahn treiben. Die heute vorliegende Rechnung ist leider vom Grössenwahn getrieben. Die Linken haben es innerhalb von 10 Jahren geschafft, das jährliche Budget um 1,7 Milliarden Franken in die Höhe zu treiben. Es handelt sich um Ausgaben, die jährlich anfallen. So hat es unser Land nicht geschafft, grossartig zu werden. Alles was Sie jemandem wegnehmen, nehmen sie jemand anderem weg. Dadurch werden die Preise erhöht. Am Schluss bezahlt dies immer der einfache Bürger. Bei all den aufgezählten Zielen wie das Drittelsziel, günstige Mieten oder das Klimaziel haben Sie nichts erreicht. Der Kapitalismus ist äusserst erfolgreich in dieser Stadt. Dieser hat es geschafft, dass die Steuereinnahmen so stark steigen. Wenn Sie das Budget in so kurzer Zeit so stark in die Höhe schrauben, wird dies irgendwann zusammenbrechen.

Walter Angst (AL): Cathrine Pauli (FDP) hat ein Loblied auf die Grundstücksgewinnsteuern gesungen. Sie wissen genau, dass man Grundstücksgewinnsteuern nur einmal einnehmen kann. Die Mieterinnen und Mieter zahlen dauerhaft mehr, nicht bloss einmal. Ich wäre glücklich, wenn die Grundstücksgewinnsteuern wieder auf ein normales Niveau und dafür die explodierenden Mieten sinken würden. Das ist eine unserer zentralen Aufgaben. Mit einer geschickten Regulierung wäre das machbar. Es wurde auch gesagt, dass wir den Reichen Geld wegnehmen, um es unter den Linken zu verteilen. Die Realität der Bevölkerungsveränderung ist doch, dass Menschen aufgrund von Investitionen der rotgrünen Regierung hierhergekommen sind und davon profitieren. Die Unternehmen profitieren davon. Die, die fünftausend Franken für eine Wohnung zahlen können, profitieren davon. Es wurde Kinderbetreuung geschaffen, Kultur, gut nutzbarer öffentlicher Raum oder die Tagesschule. All dies hat dazu geführt, dass wir eine derart starke Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung sehen. Nun passt Ihnen das auch nicht, obwohl Ihr Klientel davon profitiert. Die Steuerfussdiskussion ist irgendwie lustig. SP und Grüne versuchen, wegzureden, dass eine Steuersenkung um 3 Prozent möglich wäre. Dies geht an der Realität vorbei. Die Frage ist, ob wir die Steuern senken wollen und ob es für die Stadtentwicklung sinnvoll ist. Oder wäre es besser, die Umstrukturierung dieser Stadt zu bremsen und auch den Menschen die Möglichkeit zu geben, in der Stadt wohnen zu können, die sich das alles nicht leisten können?

Cathrine Pauli (FDP): Ich habe die Schnauze voll vom ewigen Bashing von links gegen Personen und Unternehmen, die dazu beitragen, dass wir in dieser Stadt gute Steuereinnahmen haben. Ich fordere etwas mehr Demut dieses Rats, besonders bei den jungen Grünen, die bei jeder Gelegenheit dagegenreden und diese Gruppen verteufeln. Denn ein Drittel unserer Erträge kommt genau von diesen Menschen und Firmen. Zu-



10 / 17

dem profitieren wir explizit von Handänderungen. Das war der Hauptinhalt meines vorherigen Votums.

Flurin Capaul (FDP): Ich war überrascht, wie Dr. Florian Blättler (SP) in seinem Votum aktives Finanz- und Verwaltungsvermögen und passives Fremd- und Eigenkapital durcheinandergebracht hat. Ich lege hiermit also allen ans Herz, einen Kurs der Finanzverwaltung zu besuchen, der diese Details gut vermittelt.

Samuel Balsiger (SVP): Der Sprecher der AL meinte, man müsse die Explosion der Bodenpreise stoppen. Mit dem neu erfundenen Wort «Bevölkerungsveränderung» hat er die masslose Zuwanderung kreativ umschrieben. Das eigentliche Problem dahinter ist: Es kommen zu viele Menschen in diese Stadt. Die bürgerliche Schweiz ist und war schon immer ein weltoffenes Land. Niemand möchte die Einwanderung stoppen. Wir möchten bloss eine geregelte Zuwanderung. Das Problem soll auch benannt werden. Es ist keine Bevölkerungsveränderung, sondern Masseneinwanderung. Wer die explodierenden Bodenpreise bremsen will, muss der neuen Anti-Masseneinwanderungs-Initiative der SVP zustimmen. Einzig dadurch kann das Problem gelöst werden. Wir haben keine freien Flächen mehr: Schulen müssen neben Autobahnen gebaut werden, Asylanten müssen auf Brachen untergebracht werden, die Mieten steigen unkontrolliert. Seit es die Personenfreizügigkeit gibt, sind sie um 25 Prozent gestiegen. Sie bejammern das Problem Woche für Woche, doch einzig die SVP benennt die Ursache und macht sich an die Bekämpfung der Masseneinwanderung, so wie es in der Verfassung steht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Das Rechnungsergebnis ist erfreulich. Es ist Ausdruck einer starken und leistungsfähigen Stadt. Die Leistungen, die diese Stadt erbringt, resultieren in einer hohen Zufriedenheit, was die Umfragen zeigen. Man kann vieles diskutieren, aber Zürich ist äusserst attraktiv. Menschen aller sozialer Schichten möchten hier wohnen. Dies hat klar mit den Leistungen, die die Stadt erbringt, zu tun. Der Stadtrat erstellt das Budget nach seinem besten Wissen und Gewissen. Eine Abweichung zum Budget von 600 Millionen Franken gibt logischerweise zu reden. Steuereinnahmen und Buchgewinne fallen höher aus als budgetiert. Unbesetzte Stellen führten zu weniger Ausgaben. Die Gewinnabweichung von drei Prozent im Verhältnis zum Umsatz ist aber keine grosse Abweichung vom Gesamtbudget, auch im Vergleich zu anderen Jahren. Die unbesetzten Stellen sind ein Problem für die Leistungsfähigkeit und für jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mehr leisten müssen und dadurch allenfalls überbelastet werden. Wir versuchen weiter, diese Stellen zu besetzen, was aber nicht einfach ist. Das Eigenkapital ist frei verfügbar, ja, aber es wird nicht in einer Schatzkammer gehortet. Das ist nicht so. Es handelt sich um eine Bewertungsfrage aufgrund kantonaler Vorgaben. Die Liquidität – also die frei verfügbaren Mittel – ist effektiv etwas ganz anderes. Hätte die Stadt auch nur eine Steuersenkung vorgenommen in den letzten Jahren, hätten wir vor allem weniger Schulden zurückzahlen können. Schulden müssen wir während der Hochkonjunktur zurückzahlen. Wir möchten diese nicht in eine Rezessionsphase miteinnehmen, in der die Zinsen steigen und die Zinsbelastung schwieriger ist. Diverse Her-



11 / 17

ausforderungen bleiben. Die Stadt wächst weiterhin, das Klima bleibt relevant, die Investitionen und sozialen Herausforderungen bleiben hoch. Wir werden auch die Verwerfung im Bankensektor bei den Einnahmen spüren. Sie können jederzeit über die Steuern reden. Ihre Vorstellungen vom Steuerfuss können Sie dann aber bei der Debatte über das Budget 2024 anbringen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Referat: Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Enthaltung:	Tanja Maag Sturzenegger (AL)
Abwesend:	Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 14 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) zu.

Wortmeldungen zu Dispositivziffer 2 siehe Geschäft GR Nr. 2023/203, Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2021, Beschluss-Nr. 1942/2023.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Referat: Përparim Avdili (FDP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Abwesend:	Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 108 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferat Dispositivziffer 3:

Lisa Diggelmann (SP): Die RPK hat die Rechnung der Kongresshaus-Stiftung Zürich überprüft und festgestellt, dass die Jahresrechnung mit einem Ertragsüberschuss von



12 / 17

rund 436 000 Franken abgeschlossen wurde. Es sind Investitionen von 8,7 Millionen Franken getätigt worden, was rund 5 Millionen Franken unter dem budgetierten Wert liegt. Die Kommissionsmehrheit beantragt, die Jahresrechnung 2022 der Kongresshaus-Stiftung Zürich zur Kenntnis zu nehmen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Referat: Lisa Diggelmann (SP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Enthaltung: Johann Widmer (SVP)
Abwesend: Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 4:

Lisa Diggelmann (SP): *Die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien hat im vergangenen Jahr ihren Namen geändert. Nun heisst sie Stiftung Familienwohnungen. Offiziell wird der Name erst bei der nächsten Statutenrevision im Handelsregister angepasst. Die Stiftung, die 541 Wohnungen an Familien mit mindestens drei Kindern vermietet, hat ihre Rechnung im vergangenen Jahr mit einem Plus von rund 352 000 Franken abgeschlossen. Das sind rund 409 000 Franken weniger als budgetiert, was auf höhere Kosten und tiefere Einnahmen zurückzuführen ist. Die Investitionsausgaben lagen im letzten Jahr bei rund 4,6 Millionen Franken. Die Kommissionsmehrheit beantragt Zustimmung zu Dispositivziffer 4 und nimmt die Jahresrechnung der Stiftung zur Kenntnis. Zudem lehnt die Kommissionsmehrheit der RPK den Minderheitsantrag auf ablehnende Kenntnisnahme ab.*

Johann Widmer (SVP): *Alle Jahre wieder betont die SVP, dass wir die Stiftung unnötig finden. Auch der Namenswechsel ändert daran nichts. Solche Stiftungen sind schädlich für den Wohnungsmarkt. Eine weitere Erklärung folgt später.*

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 4:

4. Die Jahresrechnung 2022 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird ablehnend zur Kenntnis genommen.



13 / 17

Mehrheit: Referat: Lisa Diggelmann (SP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)
Abwesend: Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Referat: Lisa Diggelmann (SP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)
Abwesend: Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferat Dispositivziffer 5:

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Die RPK hat die Jahresrechnung der Stiftung Alterswohnungen (SAW) geprüft. Der Gesamtaufwand betrug im letzten Jahr rund 42,1 Millionen Franken. Die Jahresrechnung schliesst mit einem Gewinn von 12 140 Franken ab. Gegenüber dem budgetierten Gewinn sind das 326 860 Franken weniger. Das zweckfreie Eigenkapital bleibt gleich wie im Vorjahr bei 72,3 Millionen Franken. Beigetragen zum Rechnungsergebnis haben unter anderem ein verzeichneter Rückgang von Spitexleistungen im ersten halben Jahr sowie ein Mehraufwand aufgrund des Abarbeitens pandemiebedingter Unterhalts- und Sanierungsrückstände. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf 4,1 Millionen Franken, wobei 14 Millionen Franken budgetiert waren. Es wurden weniger Aktivierungen verbucht als erwartet und die Abschreibungsbeiträge nicht genutzt. Aus den Antworten auf die Fragen der RPK lässt sich folgendes festhalten: Der Stiftungsrat hat den Auftrag gemäss Stiftungszweck und den politischen Auftrag, für einen Zuwachs beim Bestand zu sorgen, im Bewusstsein gehabt. Die Stiftung hat beim Erwerb von Land oder Liegenschaften auf dem freien Markt bestimmte Zielkonflikte. Bei einer üblichen Liegenschaft entspricht der Wohnungsmix, die Erschließung und die gemeinschaftlich genutzten Räume meist nicht dem Bedarf der SAW nach barrierefreien Kleinwohnungen. Zudem liegen die Marktwerte oft so hoch, dass in der Regel die Erstellung und Bereitstellung von subventionierten Wohnungen selbst mit hohen städtischen Abschreibungsbeiträgen ausgeschlossen sind. Durch einen hohen Akquisitionsaufwand wird die SAW zusätzlich belastet. Gegenüber dem Vorjahr waren es



im Jahr 2022 rund 154 000 Franken mehr. Diese markante Steigerung wird mit zusätzlichen und aufwändigeren Akquisitionsprojekten begründet. Diese Aufwendungen muss die SAW aus der laufenden Erfolgsrechnung stemmen. Die RPK beantragt einstimmig Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Referat: Tanja Maag Sturzenegger (AL); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lisa Diggelmann (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
Abwesend: Cathrine Pauli (FDP)

Ausstand: Albert Leiser (FDP), Liv Mahrer (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 6:

Lisa Diggelmann (SP): *Die Rechnung 2022 der Stiftung PWG schliesst mit einem Plus von rund 9,8 Millionen Franken ab. Das sind rund 600 000 Franken mehr als budgetiert und 3,5 Millionen Franken mehr als letztes Jahr. Die in den vergangenen zwei Jahren erworbenen Liegenschaften und die fertiggestellten Bauprojekte haben zu einer Steigerung der Mietzinseinnahmen gegenüber dem Vorjahr von rund 1,9 Millionen Franken geführt. Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf rund 86 Millionen Franken. Damit liegt die Investitionssumme deutlich über den budgetierten 40 Millionen Franken. Im Jahr 2022 sind 10 Liegenschaften mit insgesamt 106 Wohnungen und 4 Gewerberäumen für 108 Millionen Franken gekauft worden. Unter anderem waren die Investitionen durch Abschreibungsbeiträge der Stadt Zürich in der Höhe von 5 Millionen Franken möglich. Somit verfügt die Stiftung PWG über 157 Liegenschaften mit 2 402 Mietobjekten in Zürich.*

Përparim Avdili (FDP): *Die kritische Haltung der FDP gegenüber den Abschreibungsbeiträgen bleibt bestehen. Dies wird auch zukünftig der Fall sein. Bei der Rechnung 2022 kommt aber noch dazu, dass die Investitionsausgaben im konkreten Beispiel um über 100 Prozent höher waren als budgetiert. Es stellt sich die Frage, wie der Prozess gehandhabt werden soll und wie wir als Aufsichtsorgan darauf einwirken können, wenn die Investitionsausgaben derart hoch sind. Für die FDP ist die Ausgangslage nicht befriedigend. Sie lehnt daher die Rechnung aus politischen Gründen ab. Es handelt sich aber keineswegs um eine formell-administrative Ablehnung.*



15 / 17

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.

Mehrheit:	Referat: Lisa Diggelmann (SP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
Minderheit:	Referat: Pärparim Avdili (FDP)
Abwesend:	Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 7:

Lisa Diggelmann (SP): Die Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen – weist Ende des Jahres 2022 einen Bestand von 129 Wohnungen und 4 Gewerberäumen auf. Der Gesamtaufwand der Stiftung betrug im letzten Jahr rund 7 Millionen Franken. Es resultiert ein Gewinn von rund 605 000 Franken, der hauptsächlich auf höhere Mieteinnahmen aufgrund der Vergrößerung des Liegenschaftensportfolios und tieferen Ausgaben im Bereich der Bewirtschaftung sowie tieferen Abschreibungen zurückzuführen ist. Die Nettoinvestitionen betrugen rund 40 Millionen Franken. Budgetiert waren 20 Millionen Franken. Damit wurden zwei Liegenschaften gekauft, wobei vom Abschreibungsbeitrag in der Höhe von 2 Millionen Franken Gebrauch gemacht wurde.

Johann Widmer (SVP): Wir lehnen diese Rechnung aus politischen Gründen ab. «Einfach wohnen» ist eine Mogelpackung und trägt passend dazu einen völlig falschen Namen. Es sollte heissen: «Wenige wohnen auf Kosten von allen». Sie ist nur ökologisch und bezahlbar, weil am Schluss der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird. Solche Stiftungen und Liegenschaftskäufe zu horrenden Preisen führen dazu, dass der Markt ausgetrocknet ist und die Mieten steigen. Wohnungsbau ist Sache der Privaten und des freien Markts. Subventionen auf Kosten der Steuerzahler führen dazu, dass alle die Miete von wenigen bezahlen. Dies muss aufhören. Steigende Mieten und Wohnungsnot in der Stadt sind ein klar sozialistisches Politikversagen. Angekurbelt wird das Ganze durch die versäumte Umsetzung des Masseneinwanderungsartikels in der Bundesverfassung. Ohne Masseneinwanderung gäbe es auch eine geringere Wohnungsnot. Angebot und Nachfrage würde sich in einem ausgewogeneren Verhältnis bewegen. Immer wenn der Staat versucht, etwas zu verbessern, artet es in Umverteilung, Flickwerk für vergangene Fehlentscheide, hohe Steuern und asoziale Wohnpolitik aus und schadet nur.



16 / 17

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 7:

7. Die Jahresrechnung 2022 der Stiftung Einfach Wohnen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Referat: Lisa Diggelmann (SP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Abwesend:	Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 7.

Mehrheit:	Referat: Lisa Diggelmann (SP); Florian Utz (SP), Präsidium; Felix Moser (Grüne), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Abwesend:	Cathrine Pauli (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Jahresrechnung 2022 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Jahresrechnung und Gewinnverwendung 2022 der Asyl-Organisation Zürich wird genehmigt.
3. Die Jahresrechnung 2022 der Kongresshaus-Stiftung Zürich wird zur Kenntnis genommen.
4. Die Jahresrechnung 2022 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird zur Kenntnis genommen.



17 / 17

5. Die Jahresrechnung 2022 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Jahresrechnung 2022 der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
7. Die Jahresrechnung 2022 der Stiftung Einfach Wohnen wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. Juni 2023 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat